

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Joachim Krüger (CDU)

vom 26. Mai 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Mai 2014) und **Antwort**

Pflichten und Verantwortlichkeiten wahrnehmen!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wer ist für die ehemalige Kleingartenfläche zwischen dem Gelände der Spedition DB Schenker und den Goerdelerdamm in Charlottenburg-Nord zuständig?

Zu 1.: Die ehemalige Kleingartenfläche befindet sich im Eigentum des Landes Berlin und ist dem Vermögen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf zugeordnet. Für die Verkehrssicherung ist demzufolge das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf zuständig. Die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG (Liegenschaftsfonds) ist in Vollmacht für den Bezirk mit der Veräußerung einer Grundstücksteilfläche beauftragt worden.

2. Ist dem Senat bekannt, dass diese bereits im Herbst 2013 geräumte Fläche derzeit wieder zu Wohnzwecken genutzt wird, obwohl jede Art an dazu notwendigen Hygieneeinrichtungen fehlt?

Zu 2.: Dem zuständigen Polizeiabschnitt 24 ist dies erstmals aufgrund eines Polizeieinsatzes am 13. Mai 2014 bekannt geworden. Das Bezirksamt hat den Senat im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage über die widerrechtliche Inanspruchnahme der betreffenden Parzellen durch Dritte in Kenntnis gesetzt.

3. Gibt es nach Auffassung des Senats eine Rechtsgrundlage für das Bewohnen dieser ehemaligen Lauben, ggf. für welche Bevölkerungsgruppe?

Zu 3.: Nein, es gibt keine Rechtsgrundlage.

4. Ist dem Senat bekannt, dass es in diesem Bereich mehrfach Polizeieinsätze gegeben hat?

Zu 4.: Mit Beginn am 13. Mai 2014 gab es insgesamt drei Polizeieinsätze zu dieser Örtlichkeit. Das Bezirksamt wurde mehrfach von dem Polizeiabschnitt 24 über Einsätze informiert.

5. Hat der Senat Verständnis dafür, dass die umliegend ansässigen Kleingärtner verunsichert sind und mit Unverständnis auf diese Verhältnisse reagieren?

Zu 5.: Der Senat hat Verständnis für die Besorgnisse der umliegenden Kleingärtnerinnen und Kleingärtner.

6. Was wird der Senat unternehmen, um vor Ort Rechtssicherheit wieder herzustellen?

Zu 6.: In Abstimmung zwischen dem Bezirk und dem Liegenschaftsfonds soll die Beräumung der Flächen veranlasst werden, um den Sicherheitsaspekten Rechnung zu tragen.

Berlin, den 10. Juni 2014

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2014)